

Dresdner LINKE regt einen Zukunftsvertrag für Kindertagesbetreuung an

Ausgangspunkt:

Die gesetzliche Lage ist vollkommen klar: die Stadt Dresden hat einen Bedarfsplan aufzustellen, in dem dargelegt ist, wie viele Krippen-, Kindergarten- und Hortplätze perspektivisch benötigt werden. Dabei ist in Sachsen von einer Vollversorgung (alle Eltern, die eine Betreuung des Kindes wünschen, müssen einen Betreuungsplatz erhalten) auszugehen, mindestens im Rechtsanspruchsbereich ab dem dritten Lebensjahr des Kindes, ab 2013 auch für kleinere Kinder.

Der Bedarfsplan hat zudem neben den fachlich-qualitativen Aussagen auch Maßnahmen zu enthalten, wie dieser Bedarf gedeckt werden soll.

Die Stadt ist verpflichtet, den Betrieb der laut Plan benötigten Kitas komplett zu finanzieren, auch bei Kitas, die nicht in Trägerschaft der Stadt sind. Das beinhaltet auch die Refinanzierung von Investitionskosten.

Aktuelle Probleme:

Durch über viele Jahre regelmäßig zu pessimistische Prognosen sind viel zu wenige Kitaplätze geschaffen worden. Zudem ist ein großer Teil der Betreuungsplätze bei Tagespflegepersonen, die von den Eltern im Rahmen ihres Wunsch- und Wahlrechtes nicht priorisiert werden.

Die Landeshauptstadt hat kaum noch geeignete Flächen für Kitas in ihrem Besitz, ein zielgerichteter Ankauf findet nicht statt.

Die notwendigen Investmittel werden dem Eigenbetrieb nur zögernd zur Verfügung gestellt, teils aus Sorge um die erheblichen Folgekosten des Betriebes, teils aus politischem Kalkül, um die Ausweitung des Rechtsanspruches ab 2013 in Frage zu stellen.

Der Eigenbetrieb kann somit nur noch kurzatmig und in Form von Notbehelfen reagieren, immer mehr Eltern bleiben ohne Betreuungsplatz, Betriebe in der Stadt müssen auf qualifizierte Arbeitskräfte verzichten.

Lösungsvorschlag

Die LINKE nimmt zur Kenntnis, dass es bereits Bestrebungen gibt, die örtliche Wirtschaft in die Schaffung von Kitaplätzen einzubinden. Unserer Meinung nach ist aber eine Einbeziehung im Einzelfall, mit konkreten einrichtungsbezogenen Belegungsrechten gegen einmalige oder dauerhafte Unterstützungszahlungen aus der Wirtschaft nicht zielführend.

Wir schlagen vor:

a) es wird eine wirtschaftsnahe Trägerstruktur zur Errichtung und zum Betrieb von Kitas gegründet. Aufgerufen als Gründer sind insbesondere stadtnahe und öffentliche Unternehmen, aber auch andere

können und sollen sich beteiligen. Die Unternehmen bringen in diese Struktur ihre Potenziale ein: Flächen, Baukapazitäten, Investitionsmittel, Verwaltungskraft.

b) die Stadt gewährt den beteiligten Unternehmen genau so viele Belegungsrechte für Kitaplätze, wie von dieser Trägerstruktur bedarfsplangerecht errichtet und betrieben werden. Allerdings sollen diese Belegungsrechte frei im gesamten Kitanetz der Stadt ausgeübt werden können, um den Wünschen der Eltern nach Wohnortnähe gerecht zu werden. Selbstverständlich erfüllt die Stadt auch ihre Pflicht zur Finanzierung der betriebsnotwendigen Kosten der Kitas in der Trägerstruktur.

c) der Sozialbürgermeister wird aufgefordert, schnellstmöglich mit den großen städtischen und öffentlichen Unternehmen TWD und geeignete Töchter sowie Ostsächsische Sparkasse Dresden zusammenzukommen, um die Punkte a) und b) zu beraten und umzusetzen. Es bedarf dazu keines Stadtratsbeschlusses. Eine geeignete Form könnte ein Zukunftsvertrag zur Kindertagesbetreuung sein, der öffentlichkeitswirksam geschlossen wird und möglichst viele Unternehmen dazu bewegt, sich an einer solchen Struktur zu beteiligen.